

II-231 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. **1761J**

1983 -07- 22

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Graff
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend die Haltung des Bundesministers für Finanzen
zu einer Zinsaufwandsteuer

Laut Kurier vom 14. Juli 1983 ist ein abgesprungener Mitarbeiter des Finanzministers nun im Bundeskanzleramt tätig, was den Finanzminister Dr. Salcher veranlaßt hat, in einem Maulkorberlaß die Weitergabe mündlicher oder telefonischer Informationen aus dem Finanzministerium zu unterbinden.

Finanzminister Salcher hat am 5. Juli 1983 in der APA erklärt, daß die Einführung einer 10prozentigen Besteuerung aller von den Banken ausgeschütteten Zinsen ohne Ausnahme überlegt werde, allerdings "nicht im Finanzministerium", somit offenbar im Bundeskanzleramt unter Mitwirkung des genannten früheren Mitarbeiters des Finanzministers.

Eine Sparbuchsteuer in der Form der Zinsaufwandsteuer würde den Bruch des Wahlversprechens der SPÖ bedeuten, daß eine Zinsenbesteuerung nicht den kleinen Sparer treffen werde, denn die Banken würden die ihnen auferlegte generelle Abgabe von allen Zinserträgen selbstverständlich auf die Sparer, und zwar vor allem auf die große Masse der kleinen Sparer überwälzen. Deshalb hat Finanzminister Salcher eine solche Abgabe laut "Profil" als unsozial bezeichnet und erklärt: "Wenn man es durchsetzt, daß eine solche Bankensteuer eingeführt wird, dann bin ich keinesfalls bereit, Finanzminister zu bleiben"; das sei für ihn eine "Kabinettsfrage".

Angesichts der Tatsache, daß im Bundeskanzleramt an einer Steuer gearbeitet wird, von der der ressortzuständige Minister sagt, daß ihre Einführung für ihn ein Rücktrittsgrund wäre, stellen die gefertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler die

- 2 -

A n f r a g e

1. Welches Aufkommen wäre von der im Bundeskanzleramt derzeit geprüften Abgabe von 10 Prozent auf alle von den Banken ausgeschütteten Zinsen zu erwarten?
2. Beabsichtigt die von Ihnen geführte sozialistische Koalitionsregierung die Einbringung einer Regierungsvorlage für eine solche Zinsaufwandsteuer?
3. Sind Sie bereit, bei Einführung einer solchen Steuer den Rücktritt des gegenwärtigen Finanzministers in Kauf zu nehmen?
4. Wenn ja: Wen werden Sie bei Einführung einer solchen Steuer dem Herrn Bundespräsidenten als neuen Finanzminister vorschlagen?